

RS OGH 1992/6/24 1Ob15/92, 1Ob159/06y

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 24.06.1992

Norm

ABGB §1295 Ia9

ABGB §1311 IIc

AHG §1 Ca

AHG §1 Cc

AVG §73

BAO §311

BHG §2

BHG §26

BHG §32

BHG §33

Rechtssatz

Das Tätigwerden der Staatsorgane innerhalb ihrer Kompetenz ist nicht nur Recht, sondern auch Pflicht des Staates. Daraus folgt, dass auch die hierarchisch übergeordneten Organe verpflichtet sind, daran mitzuwirken, dass die zur Sachentscheidung berufenen Stellen, die etwa infolge Arbeitsüberlastung Entscheidungsfristen nicht einhalten können, in den Stand gesetzt werden, ihre Entscheidung fristgerecht zu treffen. Sind aber ausschließliche Ursache von Verletzungen der Entscheidungspflicht schuldhaft unzureichend vorgeschlagene Stellenpläne der Zentralbehörden, besteht zwischen den von den Zentralbehörden verletzten Rechtsvorschriften und dem Schaden, den eine Partei eine verspätete Entscheidung erleidet, kein Rechtswidrigkeitszusammenhang.

Entscheidungstexte

- 1 Ob 15/92

Entscheidungstext OGH 24.06.1992 1 Ob 15/92

Veröff: SZ 65/94 = JBl 1993,399

- 1 Ob 159/06y

Entscheidungstext OGH 17.10.2006 1 Ob 159/06y

Abweichend; Beisatz: Verletzen Organe eines Rechtsträgers die diesem obliegende Pflicht, die ihm unterstehenden Behörden so ausreichend mit Personal und sonstigen Mitteln auszustatten, dass Entscheidungen in angemessener Frist getroffen werden können, stehen all jene Schäden im Rechtswidrigkeitszusammenhang, die durch die Verzögerung Personen entstehen, in deren Interesse die gebotene Handlung zu setzen gewesen wäre (Abgehen von SZ 65/94). (T1); Veröff: SZ 2006/151

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1992:RS0033632

Zuletzt aktualisiert am

09.01.2009

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at